Wochenblatt Ausgabe vom 24. Januar 2019

HOFSTETTEN-FLÜH

Regierungsrätliche Predigt

Seit 45 Jahren feiern Katholiken und Protestanten in der ökumenischen Kirche in Flüh gemeinsam ihre Gottesdienste. Zum Jubiläum lud die Kirchgemeinde einen Politiker ein: Regierungsrat Baschi Dürr aus Basel.

Peter Walthard

Für einmal Prediger: Der Basler Regierungsrat Baschi Dürr und Gastgeber Helmut Zimmerli-Menzi. FOTO: PETER WALTHARD

Es war sein Namenstag, und Sebastian «Baschi» Dürr bedeutet das etwas: «Wenn ich eine Statue oder Abbildung des heiligen Sebastian sehe, bewegt mich das», sagte er auf der Kanzel in der ökumenischen Kirche in Flüh. Es sei bezeichnend, dass auch erzprotestantische Organisationen nicht auf ihre Schutzheiligen verzichten wollten, sagte er und erinnerte an das Fabian-Sebastian-Mahl der Safran-Zunft oder den Barbara-Salut des Artillerivereins in seiner Heimatstadt Basel. So wünschte er denn auch allen Anwesenden eine gute Beziehung zu ihrem Schutzpatron.

Dürr, das mag überraschen, ist mit katholischen Traditionen aufgewachsen, dies, obwohl die Familien Dürr und Bernoulli traditionell reformiert sind. So habe er den Gegensatz zwischen den Konfessionen seit früher Kindheit in der eigenen Familie erfahren. Er regte denn auch dazu an, die Ökumene weiterzudenken: «Auch das Judentum und der Islam sind abrahamitische Religionen», betonte er.

In der voll besetzten ökumenischen Kirche fühlte sich der Regierungsrat deshalb zu Hause: Er sehe sich an seine Zeit als Ministrant erinnert, sagte er. Vom Präsidenten der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Helmut Zimmerli-Menzi gefragt, wie er seinen katholischen Hintergrund mit seiner freisinnigen Politik verbinden könne und warum er nicht bei der CVP politisiere, holte er etwas aus. Auch wenn die Liberalen lange im Clinch mit der Kirche gelegen hätten, so sei das freisinnige Gedankengut doch tief im christlichen Menschenbild verankert. Mittlerweile hätten sich die konfessionellen Gegensätze in der Schweiz ebenso entschärft wie die politische Feindschaft zwischen FDP und CVP: «Es ist auch in der Politik zu einer Art Ökumene gekommen.»

«Kein Sicherheitsmonopol»

In seiner Rede nahm er als Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements vor allem auf die Arbeit seiner Polizei Bezug. Der gehe es ein wenig wie dem lieben Gott selbst: Im Alltag wollten viele nichts mir ihr zu tun haben, im Notfall erwarte man aber sofortige Hilfe. Die Polizei könne aber nicht immer und überall für Sicherheit sorgen. «Der Staat hat ein Gewaltmonopol, kein Sicherheitsmonopol», erklärte Dürr. So kam Dürr zurück auf den persönlichen Schutzpatron. Mit ihm könnten Glaube, Hoffnung und Liebe im Kleinen wachsen. Und damit zur Haltung gelangen, andere so zu behandeln, wie man selbst gerne behandelt werden möchte. «Aber braucht es dann noch Gott?», fragte Dürr zum Schluss rhetorisch, um gleich die Antwort zu geben: Dann, wann wenn nicht dann, offenbart sich Gott.»